

SPANDAUER SUMSCHAU

DIE LINKE.
in Berlin Spandau



Ausgabe im August 2010



Hände weg von der Bruno-Gehrke-Halle!

Wir unterstützen den Kampf der Arbeitsgemeinschaft der Spandauer Sportvereine für den Erhalt der Bruno-Gehrke-Halle. Die Schließung trifft nicht nur die Sportvereine sondern auch die Jugendlichen, vor allem der Spandauer Neustadt, zueinander. Damit wird das Quartiersmanagement finanziell ausgehebelt!

Wir sollten aber nicht vergessen, warum in der Bundesrepublik Deutschland immer weniger Geld für Bildung, Kultur, Sport und Jugendarbeit zur Verfügung steht. Die politisch Verantwortlichen von CDU, FDP, SPD und Grünen senken lieber die Spitzensteuersätze, verzichten auf die Vermögenssteuer und beschenken Banken und Hotels, bei gleichzeitiger Schröpfung der Länder und Kommunen.

Die Schließung der Bruno-Gehrke-Halle ist leider nur ein Beispiel für diese rabiate, unsoziale Kürzungspolitik.

DIE LINKE.
Bezirksverband Spandau
AK Kommunales

Inhalt / Hände weg von der Bruno-Gehrke-Halle

Hände weg von der Bruno-Gehrke-Halle 2
Aus der BVV 4
Der Wedding bleibt rot! 5
Dieter Bernhardt ist tot. 6
Für ein wirkungsvolles Programm der Partei DIE LINKE 7
Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ gegründet 8
Die Krise und die Gewerkschaften 9
Die Hunderttausendste Klage gegen Hartz-IV Bescheid 11
Hartz-IV Beratung 12
Termine 12
Zur Schliessung der Geschäftsstelle 12

Gegen die Kündigung zum 30. September, die vom Baustadt Herr Röding CDU in seiner Funktion als kommissarischer Stadtrat für Sport ausgesprochen wurde, laufen die Spandauer Sportvereine und die Spandauer Oppositionsparteien in der Bezirksverordnetenversammlung Sturm. Bei der Auflösung von bezirklichen Einrichtungen ist gemäß Bezirksverwaltungsgesetz vor der Kündigung der Einrichtung durch den jeweiligen Stadtrat das Votum der Bezirksverordnetenversammlung einzuholen.

Diese vorgeschriebene Verfahrensweise hat der amtierende Sportstadtrat, Herr Röding CDU, auf das Größte verletzt. Der CDU-Stadtrat begründete seine Vorgehensweise damit, dass die Halle marode ist und er nicht in ein Fass ohne Boden Steuergelder verschwenden möchte. Alternativ müsste er des großen Spardrucks wegen, der auf dem Bezirk lastet, Seniorenwohnhäuser schließen

Sicherlich ist objektiv festzustellen, dass die Halle sich in einem sehr schlechten Zustand befindet, aber wenn dies von der CDU und ihrem Stadtrat so beklagt werden, müssen sie sich fragen lassen, was vom Bezirksamt ganz konkret gegen den Verfall der Bruno-Gehrke-Halle die letzten Jahre über getan wurde. Hier ist zu fragen, welche Maßnahmen das Bezirksamt für die Werterhaltung der Sportstätte mit welcher Wirkung, also die Frage nach der Effizienz der eingesetzten Mittel, eingesetzt hat. Auch diese Frage muss sich der Stadtrat von der CDU gefallen lassen, warum er nicht vorher die BVV und die Spandauer Öffentlichkeit unterrichtet hat und Gefahr im Verzug gemeldet hat. Besonders hart ist mit ihm ins Gericht zu gehen, da er anscheinend mit dem Bund als Eigentümer vor der Kündigung keine Verhandlungen zur Mietreduzierung aufgenommen hat. Auch ist nicht nachweisbar, dass das Bezirksamt mit dem Bund einen Sanierungsplan für die Halle abgestimmt hätte. Hier türmen sich fragen über Fragen auf, die der Stadtrat nicht oder nur unzureichend beantworten kann.

Auch stellen für die betroffenen Spandauer Vereine die von Herrn Röding angebotenen Ersatzstandorte keine Alternative dar, da die Vereine ihr Angebot drastisch

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
 Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Jüdenstraße 46
 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
 Tel. 36 43 74 71 — Fax 36 43 74 72
 www.die-linke-spandau.de
 eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: **Monika Merk**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. Juli 2010

Druck: **Auflage: 2.500**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Hände weg von der Bruno-Gehrke-Halle

Das Bezirksamt Spandau hat den Mietvertrag für die Bruno-Gehrke-Halle gekündigt. Die Halle gehört dem Bund, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilieaufgaben(Bima).

Hände weg von der Bruno-Gehrke-Halle

einschränken oder durch Verkauf von Sportgeräten ihren Einnahmeausfall kompensieren müssen. Auf jeden Fall wären die Kinder und Jugendlichen der Spandauer Neustadt die großen Verlierer einer Schließung der Halle. Für diese Familien der Spandauer Neustadt ist der angebotene Sport in der Bruno-Gehrke-Halle oft die einzige Möglichkeit, um aus dem Alltagstrott herauszukommen und dem Leben auf der Straße zu entfliehen. Hier ist Sport mehr als nur körperliche Ertüchtigung, sondern bedeutet Gemeinschaft und auch gerade soziale Anerkennung, was diese Kinder und Jugendlichen außerhalb der Sportvereine oft nicht bekommen. Was mich irritiert ist das Verhalten des Spandauer Stadtrats Röding, der ja in alter Politikermanier hätte sagen können, dass die Kündigung nur erfolgt ist, um zu besseren Mietbedingungen mit dem Bund wieder einen neuen Vertrag abzuschließen. Dies hat er aber nicht getan und regt daher die Phantasie an. Betrachtet man das ganze Areal, in dem sich die Halle befindet, so könnte es auch sein, dass die Sportvereine als Mieter hinausgedrängt werden sollen, damit der Weg frei werde für einen Investor. Aber wer soll dieser Investor sein? Ich hoffe, dass die Spandauer Politiker durch ihre erlittenen Schiffbrüche mit vermeintlichen Investoren gelernt haben.

Die Spandauer Sportvereine haben mit einer Demo, die von der Halle zum Spandauer Rathaus führte für ihr Anliegen demonstriert. Auf der Abschlusskundgebung wurde dem Stadtrat Röding die rote Karte gezeigt. Wichtig ist, dass die Spandauer Politik mit dem Bund über einen neuen Mietvertrag mit besseren Bedingungen verhandelt und der Bund als Vermieter einsichtig ist, dass es sich bei der Bruno-Gehrke-Halle nicht um ein Renditeobjekt sondern um eine Anlaufstätte von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen handelt. Die Situation um die Bruno-Gehrke-Halle ist aber auch bezeichnend für die allgemeine Situation in den Kommunen der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierungen seit Schröder, überschütten die Banken und die großen Unternehmen mit finanziellen Geschenken, beschleunigen damit die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach

oben, bei gleichzeitigem finanziellen Ausbluten der Länder und Kommunen. Überall in den Gemeinden und Städten der Bundesrepublik Deutschland werden aus Finanzmangel Schwimmbäder, Sporthallen und soziale Einrichtungen geschlossen. Die Regierung Merkel und

Fundstück:

In einem „Einspruch“ in der Berliner Zeitung vom 23.6.2010 schrieb Ralf Krämer (bis 2007 im Vorstand der Partei DIE LINKE) über die Unterfinanzierung der Kommunen. Wir zitieren Auszugsweise:

„Durch die Steuersenkungen der letzten 10 Jahre wurden den Kommunen insgesamt über 30 Mrd. Euro entzogen. 2010 bedeuten die Steuerrechtsänderungen seit 1998 für die Kommunen per Saldo Einnahmeausfälle von mehr als 8 Mrd. Euro. Die Konjunkturpakete bringen zwar 2010 sechs Mrd. Euro zusätzliche Investitionsmittel, doch zugleich fehlt den Kommunen der gleiche Betrag durch neue Steuersenkungen, zuletzt durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb. ... Die Gewerbesteuereinnahmen liegen 2010 wohl mehr als 8 Mrd. Euro niedriger als 2008. Die auf Sozialleistungen angewiesenen Bevölkerungsgruppen, Eltern und andere Einwohner, die Kommunale Einrichtungen und Dienste nutzen, haben die Krise nicht verursacht. ... Sie haben von den Steuersenkungen wenig oder gar nicht profitiert. Diese kamen ganz überwiegend Unternehmen, Vermögenden und Haushalten mit hohem Einkommen zugute. Nicht noch mehr Sozialkürzung, sondern Stärkung der Einnahmen der Kommunen ist zu fordern. Die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer der Städte und Gemeinden darf nicht abgeschafft, sondern muss gestärkt werden. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer, an denen die Kommunen Anteil haben, müssen durch einen höheren Spitzensteuersatz gesteigert werden. ... Die Steuereinnahmen der Länder wiederum müssen durch eine reformierte Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsbesteuerung von grossen Vermögen und Betriebsvermögen gestärkt werden“

Westerwelle hilft den Ländern und Kommunen noch die Kompensierung der für die Rettung der Banken bereitgestellten 500 Milliarden Euro über. Es ist abzusehen, wenn die Menschen nicht aufwachen, dass die Bruno-Gehrke-Halle nicht die letzte öffentliche Einrichtung in Spandau sein wird, die finanziell platt gemacht wird.

Karlheinz Zesch
Verordneter in der BVV Spandau

Aus der BVV

Intelligenztest für Ausländer

Der Spandauer CDU-Politiker und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Peter Trapp, fordert Intelligenztests für Zuwanderer. Ich weiß nicht, ob Peter Trapp Mitglied von Scientology ist oder nicht. Was er aber mit dieser Organisation gemein hat, ist, dass er mittels Intelligenztests versucht leichtgläubige Deutsche einzufangen. Auch wenn die deutsche Fußballmannschaft seit 1974 endlich wieder einmal bei einer WM Fußball spielt und die „Nation“ in Verzücken versetzt, glauben einige Unions-Politiker nicht, dass die WM alleine ausreicht, die BürgerInnen gänzlich zu verdimmen. Anscheinend wissen sie, dass die Zumutbarkeit der Sparmaßnahmen für den Normalverbraucher langsam überschritten ist und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben in der letzten Zeit so ungeniert von CDU und FDP betrieben wurde, dass sie Widerstand gegen ihre Politik fürchten. Aber zum Glück gibt es ja noch die Zuwanderer, die für alles verantwortlich gemacht werden können. Daher hat die CDU dies Thema wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt und kann leider sicher sein, dass es gerade bei den Deutschen auf fruchtbaren Boden fallen wird, die von der Politik der CDU und FDP am meisten betroffen sein werden. Diesem Personenkreis wird ein Ventil geöffnet und CDU und FDP können sie dann weiter schamlos ausbeuten, hat man doch einen „Dieb“ gefunden, dem die Schuld zugewiesen werden kann.

Die SPD hat in der BVV vom 30. Juni gefragt, ob das Thema Integration nunmehr im Bezirk auf Stammtischniveau diskutiert werden soll. Diese

Aussage des MdA Peter Trapp ist leider mehr als nur die eines Kneipengängers, vielmehr ist sie eine schallende Ohrfeige für die Arbeit der Berliner Migrationsbeauftragten und für alle Berliner mit Migrationshintergrund.

Volksbegehren zur Offenlegung der Wasserpreise

Meinen Antrag aus der Mai-BVV, der in den Ausschuss Wirtschaft, Ordnungsamtsangelegenheiten und zentrale Aufgaben überwiesen wurde, lehnte zuerst der Ausschuss und dann auch die BVV ab.

Damit ist der Versuch der Spandauer Linken gescheitert, dass der Bezirk Spandau das Volksbegehren zur Offenlegung der Wasserpreise unterstützt. Eigentlich ist es nicht verwunderlich; denn die FDP möchte, dass auch weiterhin der Geldsack für die Privaten geöffnet bleibt. Die CDU heuchelt im Abgeordnetenhaus Unterstützung für das Volksbegehren, will aber als Mitverursacher der hohen Wasserpreise kein erfolgreiches Volksbegehren. Die SPD, die unter der damaligen Finanzsenatorin, Fugmann-Heesig, die Lizenz

zum Gelddrucken für die privaten Anteilseigner erst ermöglicht hat, will natürlich nicht, dass ihre Rolle thematisiert wird. Trotz dieses Rückschlags wird die Spandauer Linke weiterhin für die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben mobilisieren; denn jede Berlinerin, jeder Berliner hat das Recht zu wissen, warum in Berlin im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet die Wasserpreise so hoch sind.

Kommen bis Oktober die 170000 Unterschriften zusammen, wird Druck auf die Politik



Karlheinz Zesch,
Verordneter der Partei **DIE LINKE.**
in der BVV Spandau

Aus der BVV / Antifa

ausgeübt, dem sie sich dann im bevorstehenden Wahlkampf kaum entziehen wird können. Die Senatsparteien SPD und auch wir, die Partei Die Linke wissen nur allzu gut, dass das im Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von Linke, SPD und Grüne verabschiedete Informationsfreiheitsgesetz die privaten Anteilseigner der Berliner Wasserbetriebe nicht im Nachhinein zwingen kann, die Geheimverträge offen zu legen. Dies können nur die BerlinerInnen selbst, indem sie das Volksbegehren unterstützen, um später im Volksentscheid für die Offenlegung der Geheimverträge zu votieren.

Dem überalterten Personal im Spandauer Bezirksamt entgegenwirken

In diesem Antrag spricht sich die Spandauer Linke dafür aus, dass sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen soll, dass im Bezirksamt Spandau qualifizierte Nachwuchskräfte eingestellt werden sollen. Die Linke in Spandau vertritt die Auffassung, dass es dringend geboten ist, der Überalterung der Spandauer Bezirksamtsbeschäftigten entgegenzutreten.

Die Gewerkschaft Ver.di hat in ihrer Studie veröffentlicht, dass in den kommenden Jahren mehr als 50 v.Hd. der Beschäftigten in den Bezirksämtern älter als 55 Jahre alt sein werden. Dieser Altersdurchschnitt ist keineswegs dazu angetan, dass die schon jetzt vorhandenen Personalengpässe geringer werden.

Lernmittelfreiheit wieder in Berlin einführen

Auch wenn der Antrag der CDU in erster Linie dazu dient, die den Berliner Senat stellenden Parteien von SPD und der Partei die Linken eins auszuweisen und deren vermeintliche soziale Kälte offenzulegen, ist das Anliegen, die Lernmittelfreiheit ab dem kommenden Schuljahr wieder einzuführen,

richtig. Die Spandauer Linke unterstützt alle Maßnahmen, die ergriffen werden können, um Familien mit niedrigem Einkommen finanziell zu entlasten. Ginge es der Spandauer CDU auch darum, müsste sie dafür Sorge tragen, dass einerseits Mindestlöhne zu zahlen sind und andererseits das dreigliedrige Schulsystem durch die Gemeinschaftsschule abgelöst wird. Daran wollen sie aber nicht rühren und so hängt Bildung auch weiterhin von der Sozialisation und dem Bildungsniveau der Eltern wie in keinem anderen europäischen Land ab.

Karlheinz Zesch
Verordneter in der BVV Spandau

Der Wedding bleibt rot!

Nachts kommen sie aus ihren Löchern gekrochen, natürlich nur in Horden und



Der vierte Schmierangriff der Nazis auf den Linkstreff

getarnt mit Ansteckern und Aufklebern der Antifa auf den Jacken....., so berichten es die Nachbarn des Linkstreff.Wedding.

Antifa / Gedenken

Werner Schulten, Sprecher der BAG Hartz IV und Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DieLinke. berichtet darüber unter anderem auf facebook.

Nazis im Wedding

by Werner Schulten



Dieter Bernhardt ist tot.

Wir gedenken seiner in stiller Trauer. Wie jetzt bekannt wurde hat sich Herr Dieter Bernhardt, ein von exorbitanten Mieterhöhungsforderungen betroffener Mieter aus der Akazienstraße 6 in Schöneberg und Mitbegründer des berliner bündnisses sozialmieter.de, in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 2010 das Leben genommen. Diese Meldung findet sich bei berliner bündnis sozialmieter.de

Das ist kein Einzelschicksal, auch wenn in der „bürgerlichen“ Presse darüber nicht berichtet wird. Dort gelten die 4% der Bevölkerung, die für die Erwirtschaftung des BIP nur noch als „Industrielle Reservearmee“ zur Verfügung stehen, als Faulenzer, die es sich in der sozialen Hängematte bequem machen.

Beim geplanten Sparprogramm sollen natürlich wieder die Ärmsten der Armen, Erwerbslose, Rentner, Alleinerziehende und prekär Beschäftigte „ihren Beitrag“ bei der Bewältigung der Krise

leisten“, nicht etwa die Banken oder Spekulanten, die diese Krise durch ihre Unersättlichkeit mit herbeigeführt haben.

Auch die 10% unserer Bevölkerung denen 90% des Volksvermögens (von insgesamt 9 Billionen €) gehört, werden verschont.

Die FDP hat z.B. vorgeschlagen, die Mietkosten für Langzeitarbeitslose zu pauschalisieren. Diese Pauschalen sollten sich am örtlichen Mietniveau orientieren. Was würde das konkret für Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger bedeuten? Eine Hartz-IV-Kürzung bei den Unterkunftskosten wird Millionen von Familien, Geringverdienern, prekär Beschäftigten, Erwerbslosen und armen Renterinnen und Rentnern treffen.

Die Einführung von lokalen Kopfpauschalen beim Wohnraum senkt das Existenzminimum bei der Grundsicherung ab. Bezahlt wird dann aus dem Regelsatz, der für den Lebensunterhalt benötigt wird. Die von der Verfassung gebotene Existenzsicherung droht auf diesem Umweg außer Kraft gesetzt zu werden.

Arme Leute und verarmte Kommunen können den Schaden nicht ausgleichen, den Börsenzocker, Boni-Banker und Immobilien-Fonds-Manager angerichtet haben. Eine weitere Verarmung der Bevölkerungskreise, die so arm sind, dass sie jeden Euro sofort wieder für ihren notwendigsten Lebensunterhalt ausgeben müssen, richtet auch wirtschaftlichen Schaden an und vertieft die Krise anhaltend.

Aus der ver.di-Pressemitteilung vom 31.5.2010: Die Sozialverbände sind alarmiert und warnen vor einer drohenden Ghettoisierung. Die „Schönen und Reichen“ werden dann unter sich bleiben und Problemkiese werden noch problematischer. Wenn ich ehrlich bin... Ich würde davon profitieren, ich habe eine 50qm-Wohnung inclusive Garten für rund 260,-€ Warmmiete,

Grammatik

bei einer Pauschalzahlung von 378,- € wie sie in Berlin gilt, hätte ich 118,-€ mehr im Monat zur Verfügung.

Das ist sehr verlockend. Aber für die Mehrzahl der ALGII-Empfänger wäre eine Pauschalierung der KdU eine unzumutbare Belastung.

Bezahlbarer Wohnraum ist in Berlin knapp und würde sich dadurch noch mehr verknappen.

Dieter Bernhardt wurde am 2. Juli 2010 um 13 Uhr auf dem Alten Friedhof der Matthäus-Gemeinde in der Großgörschenstraße beigesetzt.

Für ein wirkungsvolles Programm der Partei DIE LINKE

Ein kleiner Beitrag zur Diskussion in Spandau von Jörg Kuhle

Bekanntlich gab es bei der Gründung der Partei DIE LINKE im Oktober 2006 in Erfurt noch keine Beschlussfassung über ein Programm der neuen Partei. Es wurden stattdessen erst einmal programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland beschlossen.

Jetzt, nach dreieinhalb Jahren politischen Wirkens der neuen Partei, ist der erste Entwurf für ein Programm durch eine Programmkommission vorgelegt worden. Beschlossen werden soll das Programm nach einer gründlichen Debatte in der Partei auf einem Parteitag im März 2011.

Wir sollten diese Debatte im Spandauer Bezirksverband als eine spannende Aussprache zur Selbstverständigung nutzen, aber auch die Möglichkeiten nicht außer acht lassen, diese Debatte mit Interessierten außerhalb der LINKEN zu führen.

Es wird oft gesagt, dass die LINKE eine „junge“ Partei sei. Formal betrachtet, mag das stimmen. Ein Alter von dreieinhalb Jahren ist tatsächlich noch sehr „jung“. Es wird aber häufig übersehen,

wenn nicht sogar unterschätzt, welches politische Erfahrungspotential in dieser neuen, jungen Partei vorhanden ist. In dieser Partei sind Mitglieder vereint, die bereits in anderen Parteien und Organisationen über Jahre und Jahrzehnte den politischen Kampf für eine bessere Gesellschaft und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung, insbesondere der abhängig Beschäftigten, führten. Diese Erfahrungen und Sichtweisen sollten nutzbringend in die Debatte eingehen.

Und es gibt Mitglieder, die vorher noch keiner Organisation angehört haben, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in einer Partei organisieren wollten oder die auch noch zu jung waren, um die Organisationsfrage schon zu stellen. Insgesamt ist damit ein Reichtum in der Partei vorhanden, der erhalten und bewahrt bleiben sollte. Diesen Erfahrungsschatz in der vor uns liegenden Diskussionen über den Programmentwurf zu nutzen kann aus meiner Sicht nur gewinnbringend für alle Beteiligten sein.

Einige Strömungen innerhalb der Linken haben sich bereits zu Wort gemeldet und ihre Bewertung des vorliegenden Programmentwurfs abgegeben. Manche der formulierten Positionen der verschiedenen Strömungen und Plattformen schließen sich, wenn man sie konsequent zu Ende denkt, eigentlich aus. Hier wird es auch nach der Beschlussfassung in der LINKEN immer wieder den Streit über die konkrete politische Umsetzung der programmatischen Positionen geben. Wenn es auch schwer fallen sollte, diese neue und junge Partei muss diese Spannungen aushalten. Sie werden ein Wesensmerkmal dieser Partei sein.

Darum kann aus meiner Sicht auch nicht die Ausgrenzung von Positionen das Ziel sein. Die unterschiedlichen Strömungen und Plattformen machen meiner Meinung nach das Wesen der Partei DIE LINKE aus.

Programmatik / Neue BO

Der kulturvolle Streit um Mehrheiten ist anstrengender, kann aber den Horizont aller an der Debatte Beteiligten erweitern. Das schließt die Verunglimpfung des Kontrahenten mit Verbalinjurien oder anderen Verunglimpfungen selbstverständlich aus. Andererseits dürfen keine organisatorischen oder formalen Hürden für diese Debatten gesetzt werden.

Ich teile einige der veröffentlichten Positionen nicht. So hat z.B. die Kritik des „Forum Demokratischer Sozialismus“ am Entwurf und seinem Inhalt mich in meiner grundsätzlich zustimmenden Bewertung des Entwurfs bestätigt. Danach las ich den Entwurf mit noch größerem politischem Vergnügen.

Ich begrüße die präzisen Aussagen im Programmwurf zur Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen: „Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist Glaubwürdigkeit. Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur dann sinnvoll, wenn sie reale Verbesserungen und eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten.“ Dazu gehört keine Beteiligung an einer Regierung die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt..

Ganz entschieden wende ich mich gegen veröffentlichte Vorschläge, wonach die Wahl der besten Wege zur Durchsetzung der sozialistischen Politik in erster Linie den verantwortlichen Akteuren und Gremien der Partei zu überlassen sei. Diese seien erfahren und verantwortungsbewusst. Im Umkehrschluss könnte das doch heißen, die Mitglieder selbst sind weder das eine noch das andere. Im Gegenteil, die Mitgliedschaft muss weit stärker als in der Vergangenheit in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Die entsprechende Aussage im Entwurf des Programms darf deshalb nicht verwässert werden. Hier heißt es eindeutig „Die Linke entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Richtungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentarischen Basis diskutiert und in bindenden Mitgliederentscheidungen klären, wie sie sich verhält.“

Zum Ende möchte ich meinen Gedanken vom Anfang wiederholen. Nutzen wir die Programmdebatte, um so viele Mitglieder des Bezirksverbandes wie möglich und so viele Menschen im Bezirk, mit denen wir zusammenarbeiten oder gemeinsam wirken, in diesen Prozess einzubeziehen. Die Programmdebatte so geführt, so vermute ich, kann ein Gewinn für alle Beteiligten sein.

Ein gutes Programm und eine starke einflussreiche Partei DIE LINKE sind ein Gewinn, für alle Menschen, die das Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen wollen.

Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ gegründet

Das Ziel der Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ ist die Aktivierung der Basis unserer Spandauer Partei für soziale, ökologische Themen und für Frieden und Gerechtigkeit. Das setzt eine Öffnung in die Gesellschaft voraus, was heißt, dass wir uns für die Realisierung der vier von Oskar Lafontaine gesetzten Ziele, nämlich

1. Weg mit Hartz IV
2. Truppen raus aus Afghanistan
3. Keine Rente mit 67
4. Flächendeckender Mindestlohn von mindestens 10 € einsetzen.

Neue BO

Es ist ein Erfordernis unserer Zeit, die LINKE zu einer politischen Kraft zu entwickeln, die der neoliberalen Politik der Herrschenden und ihren Helfershelfern samt willfährigen Zuträgern auch vor Ort aktiven Widerstand leistet. Eine Kraft, die in der Lage ist, politische und soziale Fragen und Probleme aufzugreifen und über tagespolitische Zwänge hinweg für eine andere Gesellschaftsordnung zu werben und diese Schritt für Schritt mit den betroffenen Menschen zu formulieren und für ihre Verwirklichung zu kämpfen und mehr Menschen als bisher in die politische Arbeit einzubeziehen, unabhängig davon, ob sie Mitglieder unserer Partei sind oder nicht. Wir wollen, dass unsere Partei „DIE LINKE“ niemals zum bloßen Wahlverein verkommt, sondern auf Dauer eine von der Basis her demokratisch bestimmte Partei aktiver, gedanklich freier und selbstbewusst diskutierender Menschen ist, eine Partei, in der die Individualität des Menschen geschätzt und Widerspruch und Meinungsvielfalt als Bereicherung verstanden werden. Die soziale Frage steht im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns. Dazu werden wir folgende Themen auf die Agenda des Bezirks und darüber hinaus bringen:

- Thematisierung der Praxis des Spandauer Jobcenters und anderer Berliner Jobcenter und Hartz IV-Beratung
- Kampf um preiswerten Wohnraum — Rekomunalisierung der GSW und anderer bereits privatisierter ehemals öffentlicher Wohngesellschaften
- Wasser ist Allgemeingut — Rekomunalisierung der Wasserbetriebe und Unterstützung des Volksbegehrens
- Generelles Bekämpfen des Privatisierungswahns - kein PPP in Spandau und anderswo.
- Eintreten zur Wiedereröffnung von Kultur- und Jugendeinrichtungen in Spandau und anderen Bezirken
- Für eine ökologische **und** soziale Stadt. Insbesondere ist uns die bildungspolitische Stagnati-

on in der Stadt ein Dorn im Auge.

Das Bildungssystem in Berlin ist marode. Immer höhere Klassenstärken, Überforderung und Überalterung der Lehrerschaft, Zementierung der Dreigliedrigkeit des Schulsystems und die massenhafte Abwanderung von Junglehrern in andere Bundesländer sind die negativen Markkerne der Berliner Bildungspolitik. Anstatt die Missstände zu beseitigen werden die Berliner Schüler durch eine „Schülerdatei“ bespitzelt und die Lehrerschaft zum Komplizen degradiert. Die Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ fordert nach wie vor die flächendeckende Einrichtung von Gemeinschaftsschulen. Der von der Berliner Schüler- und Studentenschaft initiierte Bildungsstreik findet deshalb unsere Unterstützung. Bislang ist es nicht gelungen, an den Spandauer Schulen die Betroffenen dafür zu sensibilisieren. Deshalb wird die BO alles daran setzen, den Bildungsstreik auf die Tagesordnung zu setzen - denn WISSEN IST MACHT !

Die antifaschistische Arbeit muss sich in Spandau neu gruppieren. Da der „Runde Tisch für Demokratie und Toleranz“ eine Einrichtung ist, die das offizielle Spandau gegen Rechtsextremismus in Stellung zu bringen versucht, fehlt es im Bezirk an Basisinitiativen, die vor allem junge Leute an diese essentielle Arbeit binden. Die Aktivitäten der NPD in der Spandauer Jugendszene sind besorgniserregend. Dazu braucht es in Spandau eine linke und sozialistische Gegenbewegung.

Die BO „Soziale Gerechtigkeit“ trifft sich jeden letzten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität Spandau Pillnitzer Weg 21.

Die Krise und die Gewerkschaften

Die Krise — gibt es die eigentlich? Schaut man auf die aktuellen Seiten des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, so herrscht da, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast nur „business as usual“

Gewerkschaft

— als gäbe es die größte sozialpolitische Katastrophe der deutschen Nachkriegsgeschichte für die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht. Kleiner Rückblick hierzu: seit Anfang der 90er bildet Deutschland in der Reallohnentwicklung das Schlusslicht im (west)europäischen Vergleich. Dagegen sind wir nach dem Ausscheiden von Oskar Lafontaine aus der damaligen „rot“-grünen Koalition zum Spitzenreiter geworden, was die Leiharbeit, die Befristungen und den Niedriglohnssektor betrifft. Die Hartz-Gesetze (saß der Mann nicht sogar im Knast? Leider nein, nur „vorbestraft wegen Untreue und verbotener Begünstigung“) taten dann ein Übriges, um den sozialen Abstieg für viele zu befördern und um die Vermögensumverteilung von Unten nach Oben weiter zu beschleunigen. Die aktuelle DIW-Studie zeigt das deutlich, aber auch, dass die Zahl der Millionäre sogar noch größer ist als vor der Finanzkrise. Und bitte nicht vergessen, was „nach Lafontaine“ im Bundestag beschlossen wurde: Freistellung der Veräußerungsgewinne, Viertes Finanzmarktförderungsgesetz, Zulassung und Förderung von Spekulationen mit Risikokapital u.s.w.u.s.f.

Aber zurück zu den Gewerkschaften: So liest man *„ver.di mobilisiert Beschäftigte und Bevölkerung Gerecht geht anders! Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung treibt viele Menschen in unserem Land in die soziale Not und das gesellschaftliche Abseits. Es ist eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung.“*

Und auch bei der IG Bergbau, Chemie, Energie kann man auf der Startseite lesen *„Zwischen Wirtschaftskrise und Nachhaltigkeits-Gedanken“* und (Vorstandsmitglied) *„Glänzer kritisierte, dass diejenigen, die die Krise verursacht hätten, in keiner Weise ausreichend zur Beseitigung der Krisenfolgen beitragen.“*

Trotzdem fehlt anscheinend der große Gegen-

Entwurf, welchen man von der einzig übrig gebliebenen und in der Arbeitswelt verankerten organisierten Gegenmacht erwarten muss, und es fehlt vor allem an einem einheitlichen Auftreten der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit. Bestes Beispiel war die Demo am 12. Juni, zu welcher neben der Linken einzig wohl ver.di aufgerufen hatte — auch wenn man Fahnen und Transparente u.a. von der IG Bauen-Agrar-Umwelt und der IG Metall sehen konnte.

Woran mag das liegen? Vielleicht daran, dass die Führungen der Einzelgewerkschaften immer noch zu sehr mit der Sozialdemokratie verbandelt sind, obwohl gerade unter deren Regierungs(mit)verantwortung die oben beschriebenen Entwicklungen vorangetrieben wurden? Aber zum Glück tut sich ja Einiges in den Gruppen der aktiven Gewerkschafter und Funktionäre, denn nicht wenige von ihnen sind ja gerade deshalb über die WASG oder als politisch bisher Unorganisierte zu der Linken gekommen.

Und noch zwei weitere Beispiele: seit Jahrzehnten gibt es erstmals in der Satzung einer DGB-Gewerkschaft so etwas wie die Forderung nach dem doch so verpönten „politischen Streik“: die Gewerkschaft IG BAU hat *„für ein umfassendes Streikrecht gemäß dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta, den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)“* gestimmt, und bei den zu Ende gegangenen Betriebsratswahlen gab es durchaus Unzufriedenheit mit den zu weit gehenden Zugeständnissen den Arbeitgebern gegenüber. Sichtbares Zeichen war u.a. bei Daimler Marienfelde der Erfolg einer Liste, welche das zu große Entgegenkommen der Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen dem Arbeitgeber gegenüber kritisiert hatte.

Jedenfalls muss es zukünftig darum gehen, den Mitgliedern in den Gewerkschaften deutlicher als bisher die Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten

HARZ-IV

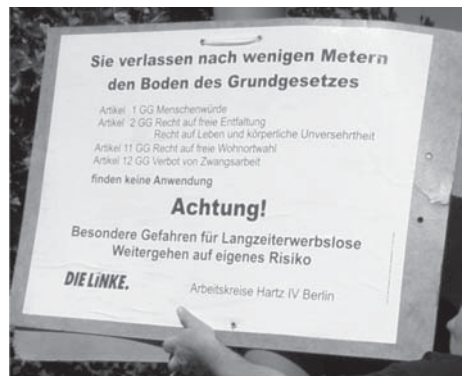
dieser uns mit Sicherheit auf Jahrzehnte hinaus noch beschäftigenden großen Krise dieses Finanz- und Wirtschaftssystems zu benennen, damit die Kräfte dort besser eingesetzt werden können, wo in erster Linie etwas bewegen kann, und das sind die betrieblichen und tarifpolitischen Weichenstellungen – weg vom weiteren Verzicht, und hin zu einer offensiven Tarifpolitik zur Stärkung der Binnenkaufkraft, und weg von weiterem Lohndumping. Denn dies führt nur zu weiteren deutschen Exportüberschüssen und gleichzeitig zur weiteren Verschuldung der Käuferländer mit den bekannten aktuellen Problemen.

Das setzt aber voraus, dass wir in den Gewerkschaften besser aufklären über wirtschaftliche Zusammenhänge. Dies sollte eigentlich leichter werden können angesichts des offensichtlichen Versagens der Wirtschaftsredaktionen über Jahre hinweg bei der Erklärung der Entwicklung der Krise. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung hat das für dpa, Tagesschau sowie FTD, SZ, FAZ, Handelsblatt und taz auf 270 Seiten getan: OBS-Arbeitsheft 63. Darin wird u.a. zu Recht darauf hingewiesen, dass in „Heute“ und „Tagesschau“ meist die Vertreter oder Sprecher der für die „Krise“ Verantwortlichen als deren „Erklärer“ auftreten dürfen, während andere Meinungen so gut wie gar nicht zu Wort kommen. Was ich aber unbedingt noch los werden will: mir sträuben sich stets die Haare, wenn ich das Wort „Sparen“ hören oder lesen muss, denn das Wort oder die Wortkombinationen gehören für mich fast in das „Wörterbuch des Unmenschen“: „Sparen“ hieß nämlich für mich, vor allem in meiner Kindheit, dass ich etwas von dem, was ich geschenkt erhalten oder mir verdient hatte, für Süßigkeiten zur Seite legte oder ins Sparschwein steckte. Und heutzutage bedeutet „Sparen“ nichts Anderes, als der Bevölkerung etwas weg zu nehmen, was ihr auf tariflicher oder gesetzlicher Grundlage zusteht. Und dabei werden diejenigen so gut wie nicht

belastet, welche auch noch von der Krise profitieren bzw. sie sogar mit verursacht haben – das sollte man immer vor Augen haben.

Die Hunderttausendste Klage gegen Hartz-IV Bescheid

Am 18. Juni wurde in Berlin die Hunderttausendste Klage gegen Hartz-IV Bescheide vor den Sozialgerichten eingereicht. Die Zahl der Klagen nimmt mit der Verschärfung der Sparmassnahmen beständig zu. Auf diese Weise konnten in den letzten 5 Jahren bereits 60 neue Stellen geschaffen werden – für Richter an den Sozialgerichten. Sage noch mal einer, die Hartz-Gesetze könnten keine Arbeitsplätze schaffen.



Sie verlassen nach wenigen Metern den Boden des Grundgesetzes

Artikel 1 GG Menschenwürde
 Artikel 2 GG Recht auf freie Entfaltung
 Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
 Artikel 11 GG Recht auf freie Wohnortwahl
 Artikel 12 GG Verbot von Zwangsarbeit
 finden keine Anwendung

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE geht hervor, dass die Zahl der Widersprüche von 667.000 in 2005 auf 805.000 in 2009 gestiegen ist. Die Zahl der Klagen nahm von 39.000 auf 143.000 zu. 36,3% der Widersprüche und 48,8% der Klagen waren ganz oder teilweise erfolgreich.

HARZ-IV / Infos

Aber für die Sozialgerichte und die Arbeitsämter könnte Entlastung kommen: Die CDU regierten Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Bundesrat einen Antrag eingebracht, die Gebühren für die Beratungshilfe bei Anwälten auf 20 Euro zu verdoppeln und eine neue Gebühr in Höhe von 20 Euro für das Aufsetzen eines Widerspruchsbescheides zu erheben.

Hartz-IV Beratung

Im „Roten Laden“ in der Jüdenstr. 46 werden an den ersten 3 Donnerstagen im Monat von 18:00 bis 19:00 Erwerbslose von unserem Anwalt, Herrn Holger Lange, kostenlos beraten.

Termine

- Do, 5.8.: 19:00 Arbeitstreffen zur Vorbereitung der Programmdebatte in der Gaststätte „Fahrenheit“
- Mo, 9.8.: 19:00 Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Spandau der Partei DIE LINKE in der Geschäftsstelle Jüdenstr. 46
- Di, 31.8.: 19:00 BO „Soziale Gerechtigkeit“ in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität, Pillnitzer Weg 21
- Mo, 13.9.: 19:00 Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Spandau der Partei DIE LINKE in der Geschäftsstelle Jüdenstr. 46
- Di, 28.9.: 19:00 BO „Soziale Gerechtigkeit“ in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität, Pillnitzer Weg 21

Zur Schliessung der Geschäftsstelle

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE hat die Räumlichkeiten des Bezirksverbandes Spandau in der Jüdenstr. 46 zum 31.1.2011 gekündigt. Bis dahin versuchen wir eine Nutzung trotz erschwelter Bedingungen aufrecht zu erhalten.

Der Bezirksverband Spandau bedauert diese Entscheidung und wird versuchen Wege zu finden, die Präsenz in Spandau fortzusetzen.



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen!

Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter mitglied.die-linke.de

Frau <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Name, Vorname	
Geburtsdatum	Beruf
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

oder Roter Laden »Salvador Allende«

Jüdenstraße 46 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
 Telefon: 36 43 74 71
 E-mail: bezirk@die-linke-spandau.de